



Herrn
Franz Müntefering
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Elberfelder Str. 77
42853 REMSCHEID
Postfach 10 03 62
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-31
Telefax 0 21 91/4 38-79
e-mail fwi@werkzeug.org
Internet www.werkzeug.org

26. Februar 2004
LI/Re

Ausbildungsplatzabgabe

Sehr geehrter Herr Müntefering,

die deutsche Werkzeugindustrie bildet seit Jahrzehnten intensiver aus als der Durchschnitt der deutschen Wirtschaft. Sie ist u.a. Mitbegründer der "Gemeinschaftslehrwerkstatt" in Remscheid. Auch unterstützt die Werkzeugindustrie selbstverständlich das Ziel, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Dennoch protestieren wir aufs Schärfste gegen die Pläne der SPD-Fraktion zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe. Dies aus folgenden Gründen:

1. Uns liegen Berichte vor, daß kleineren und mittleren Betrieben eine höhere Mindestausbildungsquote zugewiesen werden soll als größeren.
Die überwiegend kleinen und mittelständischen Betriebe der Werkzeugindustrie halten dies für einen Schlag ins Gesicht des Mittelstands. Eine Verfassungsklage in dieser Sache wäre vorprogrammiert.
2. **Das Letzte**, was Deutschland, der deutsche Mittelstand und die deutsche Werkzeugindustrie braucht, sind **weitere** Abgaben und **weitere** Bürokratie:
 - Vor allem wegen zu hoher Belastungen mit Abgaben, Steuern und Bürokratie ist die deutsche Wirtschaft von 1991 bis 2000 nur um 13% gewachsen. Die amerikanische wuchs dagegen um 65%.
 - In Deutschland ist die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe seit 1991 um 15,1% gesunken, während im Rest der EU 8,8% neue Arbeitsplätze hinzukommen.
 - Durch den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzentwicklung einerseits und Werkzeugabsatz andererseits, ist die deutsche Werkzeugbranche von 1991 bis 2000 um 13% gewachsen. Die amerikanische dagegen um 75%. (Und dies, obwohl viele unserer amerikanischen Wettbewerber von Werkzeugqualität "made in Germany" nur träumen können!)

- Was die deutsche Wirtschaft und die deutsche Werkzeugindustrie im besonderen braucht, sind **weniger** Abgaben und rechtliche und bürokratische Belastungen. **Das** ist die Voraussetzung für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland.
- 3. Schätzungen gehen bei der Erhebung und Verteilung von Ausbildungsabgaben von 700 Mio. € reinen Verwaltungskosten und 2 Mrd. € Bürokratiekosten in den Betrieben aus. Bei ca. 16.000 nicht vermittelten Bewerbern Ende 2003 wären das ca. 168.000 € Bürokratiekosten pro nicht vermittelten Bewerber!
- 4. Im Jahr 2003 sind ca. 40.000 Mittelständler in Deutschland insolvent geworden: Daran hängen Hunderttausende von Arbeitsplätzen! Wenn sich diese Unternehmen wirtschaftlich vernünftig verhalten haben, dürften sie wegen ihrer kritischen wirtschaftlichen Lage keine Ausbildungsverhältnisse mehr abgeschlossen haben. Sie wären dann zukünftig vor ihrer Insolvenz noch mit Ausbildungsabgaben belastet worden?! Positiv formuliert: Gerade die wirtschaftlich schwächsten Unternehmen, die aus guten Gründen nicht ausbilden, würden durch eine Abgabe zusätzlich belastet.
- 5. Die Ausbildungsplatzabgabe kuriert an Symptomen: Deutschland braucht **insgesamt** mehr Jobs und deshalb Rahmenbedingungen, die seine Wettbewerbsfähigkeit stärken. 11% Arbeitslose sprechen eine deutliche Sprache. Sie tragen nicht nur persönlich ein schweres Los, sondern alle mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Kosten belasten den Wohlstand aller deutschen Bürgerinnen und Bürger enorm! Die Beispiele der USA, Irlands, Neuseelands etc. zeigen, daß Volkswirtschaften mit **geringerer** Staatsquote, Abgabenquote und Regelungsdichte bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand für ihre Bürger bei weitem erfolgreicher sind als Deutschland mit seiner Staatsquote von 48%. Dies spricht dafür, Abgaben und Regelungen in Deutschland drastisch zu **reduzieren**, anstatt sie weiter zu erhöhen.
- 6. Nicht nur lang-, sondern auch kurzfristig dürfte die Ausbildungsabgabe kontraproduktiv sein: Daß trotz der nun seit 12 Jahren stagnierenden Wirtschaft und der rückläufigen Zahl der Arbeitsplätze auch in 2003 über 97% aller Ausbildungsplatzbewerber einen Platz gefunden haben, spricht dafür, daß in der deutschen Wirtschaft ein erheblicher Ausbildungsidealismus besteht. Dieser dürfte durch bürokratische Maßnahmen des Staates einen erheblichen Dämpfer erfahren. Die Ausbildungsquote wird sinken.
- 7. Alternative Maßnahmen: Die stärksten Rufer nach Ausbildungsplatzabgaben, nämlich die Gewerkschaften und die SPD sollten (öffentlichkeitswirksam) ihre Ausbildungsquoten erhöhen.

Nach Informationen des IWD in Köln liegen diese Quoten derzeit wie folgt:

Ausbildungsquoten 2003	
SPD-Parteizentrale	knapp 2 %
Bundesbildungsministerium	2,8 %
Kanzleramt	3,8 %
DGB	2,3 %
IG Bau	0,5 %
ver.di	0,3 %
Gewerkschaften insgesamt	0,9 %
Bundsdurchschnitt	4,3 %
<i>Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln / NRZ</i>	

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e. V.
Der Geschäftsführer



Langelüddecke

für die Unternehmer und Beschäftigten der deutschen Werkzeugindustrie